ARBEITSLOSE

Wechsel aufs Frühjahr

Die Jugendarbeitslosigkeit hat sich zum schwersten sozialen Problem der westlichen Industrieländer entwickelt.

Die industrielle Reservearmee der kapitalistischen Welt ist im besten wehrfähigen Alter: Sieben Millionen Jugendliche unter 25 Jahren sind nach Ermittlungen des Genfer Internationalen Arbeitsamtes in den industrialisierten Ländern des Westens ohne Job.

Die weltweite Konjunkturkrise traf gerade die Jungen voll: Während sie nur 22 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung in den OECD-Ländern ausmachen, stellen sie 40 von 100 Arbeitslosen. In der Europäischen Gemeinschaft, in der etwa jeder dritte Arbeitslose 24 Jahre und jünger ist, liegt die Arbeitslosenquote der Jugendlichen mit über zehn Prozent etwa doppelt so hoch wie die gesamte Beschäftigungslosenquote.

Junge Amerikaner sind noch schlechter dran. Fast jeder sechste US-Teenager suchte im Juli einen Job bei einer Gesamt-Arbeitslosenquote von 6,9 Prozent.

Das rasch wachsende Heer arbeitsloser Berufsanfänger alarmierte vor allem die europäischen Regierungen. Frankreichs Präsident Valéry Giscard d'Estaing gab dem Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit „höchste nationale Priorität". Auf dem Londoner Wirtschaftsgipfel im Mai zeigten sich die Regierungschefs der sieben wichtigsten Industrieländer „besonders besorgt über das Problem der Arbeitslosigkeit unter jungen Leuten".

Politiker wie Sozialwissenschaftler fürchten, der arbeitslose Nachwuchs von heute könnte die Oppositionswähler von morgen stellen, vielleicht gar zu Radikalen oder Kriminellen verkommen. In Frankreich etwa ängstigen sich die Regierungsparteien, daß die hohe Jugendarbeitslosigkeit — fast jeder zweite der 1,15 Millionen arbeitslosen Franzosen ist nicht älter als 24 Jahre — entscheidend zu einem Sieg der Linken bei den Parlamentswahlen im März beitragen könnte.

In Italien, wo von drei Arbeitslosen zwei unter 25 Jahre alt sind und vor allem angehende Akademiker schlechtere Berufsaussichten als die Uni-Absolventen aller anderen Industrieländer haben, entlud sich im Frühjahr die Enttäuschung der Studenten und Schüler über die miesen Karrierechancen in blutigen Straßendemonstrationen. Weitere Unruhen scheinen unausweichlich: Von den 132 000 Jungakademikern, die nächstes Jahr Italiens Universitäten verlassen, werden einer Arbeitsmarktstudie zufolge nur 75 000 einen ihrer Ausbildung entsprechenden Arbeitsplatz erhalten.

Mit einem 25-Prozent-Anteil der bis zu 24jährigen an der gesamten Zahl der Arbeitslosen schneidet die Bundesrepublik unter den großen europäischen Ländern noch am besten ab (siehe Graphik). International liegen nur die Japaner besser, deren Jugendarbeitslosen-Anteil etwa 23 Prozent beträgt.

Schon traditionell hohe Jugend-Arbeitslosenquoten haben dagegen die USA. Nach Ansicht des Columbia-Professors Eli Ginzberg trieben trübe Berufsaussichten bereits Hunderttausende junger Amerikaner in eine „Unterwelt-Existenz".

Schon vor einigen Jahren schätzte ein Ginzberg-Mitarbeiter, daß allein in New York rund 240 000 Menschen ihren Lebensunterhalt durch Glücksspiel, Prostitution, Diebstahl, Rauschgifthandel und ähnliche Tätigkeiten verdienten. Die Untergrund-Jobber stellten damit rund sieben Prozent der New Yorker Erwerbsbevölkerung.

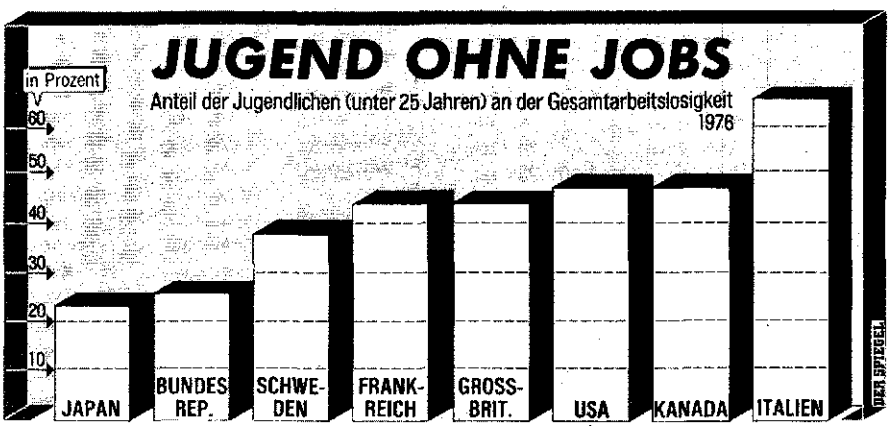
„Einstellung und Neigung zur Arbeit bilden sich früh im Arbeitsleben eines Menschen heraus" und werden daher „von früher chronischer Arbeitslosigkeit langfristig negativ geprägt", erkannte US-Arbeitsminister Ray Marshall. Arbeitsmarktforscher Peter Melvyn vom Internationalen Arbeitsamt fragte gar: „Opfern wir eine Generation? Was wird bloß aus diesen Menschen werden?"

Als Hauptursache der gegenwärtigen Jugendarbeitslosigkeit gelten die hohen Geburtenraten in den fünfziger und frühen sechziger Jahren. Zu den Spätwirkungen des Baby-Booms kam 1974/75 die stärkste Rezession der Nachkriegszeit hinzu.

Kündigungsschutzbestimmungen für ältere Arbeitnehmer, geringe Lohnabstände zwischen jungen und erfahrenen Arbeitern, kostentreibende Jugendarbeitsschutz-Vorschriften und die Vorliebe der Unternehmer für eine eingearbeitete Stammbelegschaft führten dazu, daß insbesondere Schulabgänger keinen Job mehr fanden und junge Arbeitsplatz-Inhaber bei Entlassungen meist als erste flogen.

„Menschen sind keine Sojabohnen", hielt das Londoner Wirtschaftsmagazin

Verhaftete US-Jugendliche: „Was wird bloß aus diesen Menschen werden?"



„The Economist" Kündigungsschutzmaßnahmen zwar für unumgänglich. Aber: „Was als Arbeiterschutz begann", wies das Blatt auf die Kehrseite zu restriktiver Vorschriften hin, „degeneriert bei anhaltend hoher Arbeitslosigkeit oft zum Arbeiterhindernis."

Vor allem in Frankreich, Schweden, dem Vereinigten Königreich und in der Bundesrepublik benachteilige der Kündigungsschutz für Ältere die Jugendlichen bereits „in einem Ausmaß, daß die Wirksamkeit von Maßnahmen für Jugendliche fraglich wird", berichtete eine OECD-Studie über den „Eintritt Jugendlicher ins Arbeitsleben".

So nahm die Jugendarbeitslosigkeit in den neun EG-Ländern im Rezessionsjahr 1974 um 49 Prozent zu. Der Zuwachs für alle Altersklassen dagegen betrug nur 32 Prozent.

Falsche Ausbildung und überspannte Karriere-Erwartungen der Jungen verschärften das Ungleichgewicht auf dem Arbeitsmarkt. „Weil sie länger als frühere Generationen zur Schule gegangen sind", so die OECD-Untersuchung, „kritisieren sie die Langweiligkeit der Arbeitsplätze und die Schwierigkeit, berufliches Können und eine verwertbare Erfahrung zu erwerben."

„Die Jugendlichen sind nicht immer so fügsam, wie man es von Arbeitslosen erwartet", stellte etwa das Pariser Magazin „L'Express" fest, als von 15 Jugendlichen, denen eine 2000-Franc-Stelle in einem Pariser Arbeitsamt angeboten worden war, nur drei sich vorstellten und keiner den Job akzeptierte.

Dabei zählen Schreibtisch-Jobs im Öffentlichen Dienst noch zu den populärsten Arbeitsplätzen. Denn die meisten jungen Leute, registrierten die OECD-Experten, „versuchen soweit wie möglich, das Fließband in den Fabriken und körperliche Arbeit im allgemeinen zu vermeiden".

Nach den Beobachtungen der OECD-Forscher führte der Ausbau des Schulsystems dazu, daß die Arbeitgeber, vor allem der Öffentliche Dienst, Inhaber von Qualifikationsnachweisen wie Abiturzeugnissen und Universitätsdiplomen zu stark bevorzugten.

Mit der Jagd der Jugendlichen nach Scheinen und Diplomen, die für die vermeintlich attraktivsten Jobs unerläßlich wurden, entwickelte sich ein fataler Selektionsprozeß: Für immer mehr Jobs wurden immer höhere Anforderungen gestellt. Dennoch konnten Diplome ihrem Inhaber immer weniger einen als angemessen empfundenen Arbeitsplatz verschaffen.

In Italien etwa hat inzwischen fast jeder zweite arbeitslose Jugendliche einen höheren Schul- oder Universitätsabschluß vorzuweisen. Die Jugendlichen würden nach der Schule „mit einer fremden Arbeitswelt konfrontiert", für die sie nicht die erforderlichen Fertigkeiten erworben hätten, klagten denn auch Experten in einer Studie des Internationalen Arbeitsamts.

Nach Ansicht dieser Fachleute könnte vielen Jugendlichen deshalb selbst ein Konjunktur-Wunder nicht mehr helfen. „Auch wenn die Rezession wunderbarerweise über Nacht verschwände", so die Studie des Internationalen Arbeitsamts, „würden immer noch große Scharen von Jugendlichen ohne Jobs auf der Straße stehen."

Britische Jugendliche beim Strandsäubern: „Wenigstens ein Grund, um aufzustehen"

Dennoch setzen die Regierungen bei ihrem Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit meist auf den Erfolg kurzfristiger Programme. So trat in Frankreich Anfang Juli ein Gesetz in Kraft, das dem Staat bis zum 1. Juli 1978 die Sozialversicherungs-Abgaben der Arbeitgeber für jene jungen Arbeitnehmer auferlegt, die bis Ende des Jahres einen Job erhalten.

Frankreichs Arbeitgeber gelobten sogleich, bis Jahresende 300 000 zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen. „Ein Pakt des Vertrauens beginnt sich zwischen den Unternehmen und den Jugendlichen anzubahnen", glaubte François Ceyrac, Präsident des Arbeitgeberverbandes, schon zu erkennen. Der Pakt könnte von kurzer Dauer sein. Denn: „Es ist klar, daß es sich dabei um einen Wechsel auf die Gesundheit der französischen Wirtschaft im nächsten Frühling handelt", schränkte Ceyrac ein.

Selbst durch den Export von jungen Arbeitslosen will die französische Regierung ihre Jugendarbeitslosen-Statistik aufpolieren. Franzosen unter 25 Jahren, die eine Stellung in der Auslandsniederlassung einer französischen Firma akzeptieren, erhalten eine staatliche Mobilitätsprämie.

Direkte Lohnsubventionen führten Schweden und Neuseeland ein: Der schwedische Staat zahlt jedem Arbeitgeber, der einen Jugendlichen anheuert, zehn Kronen pro Arbeitsstunde. Die neuseeländische Regierung ersetzt den Unternehmen, die junge Arbeiter einstellen, ein Drittel der Lohnkosten.

Die belgische Regierung wiederum verfügte, daß die Firmen über 62 Jahre alte Arbeiter, die vorzeitig in den Ruhestand gehen, nur durch Arbeitslose unter 30 Jahren ersetzen dürfen. Bestimmten Unternehmen schrieb Brüssel zudem vor, daß mindestens ein Prozent der Beschäftigten aus jungen Arbeitnehmern bestehen muß.

Direkte staatliche Arbeitsbeschaffungsprogramme für Jugendliche kurbelten Amerikaner, Kanadier, Dänen und Briten an. So säuberten junge Engländer auf Staatskosten Strände, Friedhöfe und beschmierte Mauern. Junge Kanadier machten sich während des Sommers beim Bau von Freizeitanlagen oder im Sozialwesen nützlich.

Die Regierungen in Frankreich, Italien, Belgien und Australien gewährten Unternehmen finanzielle Unterstützung, die einen Ausbildungsplatz für Berufsanfänger zur Verfügung stellten. Noch großzügiger zeigte sich das Londoner Labour-Kabinett, das seit dem Herbst 1976 ein „work experience program" für junge Arbeitslose bietet.

Unternehmen, die sich bereit erklären, 16- bis 18jährigen bis zu sechs Monate lang Arbeitserfahrungen in ihren Betrieben zu vermitteln, brauchen den jungen Praktikanten keinerlei Lohn zu

zahlen. Statt dessen unterstützt der Staat die Arbeitnehmer auf Zeit mit 18 Pfund pro Woche.

„Die Kinder gehen oft nur auf Betriebs-Tour, indem sie hier mal eine Woche und da mal eine Woche verbringen", kritisierte Jugendhelfer Chris Brooks. Auch der britische Automobilhersteller Chrysler U. K. meldete Zweifel an, ob es den Teenagern etwas nütze, sich ein halbes Jahr lang irrelevante Fertigkeiten anzueignen.

Trotz dieser Kritik will die britische Regierung das Programm künftig noch erweitern. „Damit", meint Geoffry Holland von der staatlichen Manpower Services Commission, „gibt es für viele Jugendliche wenigstens einen Grund, morgens aufzustehen."

Die Amerikaner scheinen da schon weiter: „In Europa", beobachtete Michael Piore vom Massachusetts Institute of Technology, „werden die Jugendlichen verrückt wegen der Arbeitslosigkeit. Hier machen sie sich nur Sorgen."

KORSIKA

Vorn wartet der Tod

298 Bombenattentate im vergangenen Jahr, umgeknickte Telephonmasten, Straßenkämpfe: Auf Frankreichs Mittelmeerinsel liefern sich Autonomisten und loyale Franzosen einen verbissenen Kampf.

Im Restaurant „Aria Marina" bei Ajaccio fragt sich der Chef Paul Cortinchi „nun so manches Mal, wann und ob es bei uns knallen wird".

Knallen bedeutet für den Gastronomen, ob nicht ein Bombenanschlag möglicherweise sein Lokal und damit seine Existenz zerstört. Denn: Paul Cortinchi ist Autonomist, er kämpft für eine größere Eigenständigkeit der 170 Kilometer vom Kontinent entfernten französischen Mittelmeer-Insel Korsika.

In den letzten Wochen knallten bei seinen Kollegen bereits 25 Sprengstoff-Ladungen, zerstörten Bomben Versicherungsbüros und Wohnungen der Mitglieder der Autonomie-Bewegung. Eine Bombe zerschmetterte die Drukkerei ihrer Zeitung „Arritti" (Auflage: 10 000), die nun vorübergehend in Marseille gefertigt wird. Einer der Autonomisten-Führer verlegte sein Schlafzimmer in einen bombengeschützten Teil seines Hauses, „denn vorn wartet der Tod".

„Wir wissen genau, wer uns bedroht", behauptet Edmond Simeoni, 43, der Chef der legalen „Union des Patriotes Corses", der mitgliederstärksten Autonomie-Bewegung auf der Insel. Simeoni, im Privatberuf Mediziner, warnt: „Wenn einer unserer Leute bei einem dieser Anschläge umkommt, kann ich meine Leute nicht mehr halten, dann schlagen wir zurück."

Autonomisten-Protest auf Korsika*: „Ein Kuba im Mittelmeer?"

Dann droht auf der Ferien-Insel, auf der sich in diesen Wochen soviel Touristen sonnen, wie Korsika Einwohner zählt (241 000), möglicherweise der Bürgerkrieg, werden Korsen gegen Korsen kämpfen: die Befürworter von Selbstverwaltung und Unabhängigkeit gegen jene, die sich als Franzosen fühlen und es bleiben wollen.

Besorgt fragte der Pariser „Monde": „Bewegt sich die Insel unabwendbar in eine irische oder libanesische Dimension?" Und besorgt fragte auch die „FAZ": „Ein Kuba im Mittelmeer?"

Noch wird der Flughafen von Ajaccio nicht mit Stacheldrahtverhauen und Maschinengewehr-Stellungen gesichert, doch Simeoni findet, daß eine „Eskalation unverkennbar ist".

Am 14. Juli, dem französischen Nationalfeiertag, zündete die militante, verbotene „Front de Libération Nationale Corse" (FLNC) 25 Bomben. Vier Wochen vor der Saison-Eröffnung mußte der „Club Méditerranée" Reisen in eines seiner drei Feriendörfer auf der Insel absagen, nachdem Terroristen 34 Clubgebäude beschädigt hatten.

Im letzten Jahr allein meldeten die Behörden 298 Anschläge (1972: 18). Eine Boeing 707 der Air France wurde zerstört, Telephonmasten wurden umgeknickt, Radarstationen und der Bahnhof von Bastia beschädigt. Die FLNC warnte: „Unsere Kommandos sind jetzt ausgebildet und können den nationalen Befreiungskrieg beginnen."

Der aber ist für die von Edmond Simeoni geführten 1500 Autonomisten „eine reine Utopie, geträumt von mehreren Dutzend ziemlich jungen Leuten".

Die 8720 Quadratkilometer große Insel gerät diesen Sommer an den Rand eines Zwei-Fronten-Kriegs: Die Autonomisten kämpfen für Selbständigkeit gegenüber dem Pariser Zentralverwaltungsstaat, eine „Front d'Action Nouvelle Contre l'Indépendance et l'Autonomie" (Francia) kämpft gegen die korsischen Nationalisten und will jeden ihrer Sprengstoff-Anschläge „hart und grausam" beantworten: mit Bomben.

Bei den ersten 25 Revanche-Taten verursachten die Frankreich-verbundenen Korsen lediglich Sachschäden, „doch wenn die gegen uns morden, fließt Blut", prophezeit Simeoni. Der Arzt behauptet zu wissen, daß französische Geheimpolizei, Militärs und Söld-

* Text: Befreit (den Autonomistenführer) Simeoni und seine Kampfgefährten.